

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 35 (1955-1956)
Heft: 4

Rubrik: Stimmen der Welpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ihre Handlungen sporadisch und in ihrer loyalen Gesinnung uneinig sind?

Stalin erlangte die absolute Macht, indem er das Amt eines «Sekretärs» ausübte, das seine Kollegen als unter ihrer Würde betrachteten. Zahlreiche Stalins vermochten von einem strategisch bescheiden placierten Schreibtisch aus die Politik amerikanischer Regierungsämter zu kontrollieren.

Während der letzten Jahre war die Untergrundbewegung aus vielen Stellen, in die sie sich eingenistet hatte, eliminiert worden. Es wäre aber eine Illusion zu glauben, der Erfolg sei durchgreifend und vollkommen gewesen. Die kommunistischen Untergrundbewegungen in Amerika wie auch jene in England, Frankreich, Japan oder in der Schweiz sind die Ableger eines zentralen Infektionsherdes. *Kein lokales Mittel wird mehr als eine vorübergehende oder begrenzte Wirkung haben, solange der Infektionsherd weiter besteht.*

STIMMEN DER WELTPRESSE

Die kürzlichen Streikvorgänge im englischen Eisenbahnwesen glossiert die unabhängige Wochenzeitung *Time and Tide*, Nr. 23, 4. 6. 55, sehr interessant wie folgt: Zwei Dinge haben sich durch die Verstaatlichung nicht verändert: die menschliche Natur und der Charakter der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsführer. Als vor einigen Monaten ein drohender Streik vermieden werden konnte, war vorauszusehen, daß die innerhalb der Gewerkschaften bestehenden Gegensätze nur vorübergehend behoben waren. Die damalige Vereinbarung hatte den Lohnunterschied zwischen gelernten und ungelernten Eisenbahnern verkleinert. Die Vereinigung der Lokomotivführer und Heizer zögerte nicht, mit ihrem Begehren, die ursprüngliche Lohn-differenz wiederherzustellen, ernst zu machen. Finanziell war das für die Bahnen nicht tragbar, was für die Lokomotivführergewerkschaft indes keinen Grund bildete, *nicht* auf ihrem Begehren zu beharren. Als sich letztes Frühjahr die staatliche Eisenbahndirektion mit der Dachorganisation der Eisenbah-

ner verständigt hatte, bestand kein Anlaß anzunehmen, daß die kleinere, aber nicht weniger wichtige Gewerkschaft der Lokomotivführer und Heizer von Streikdrohungen und Streiks absehen würde. Die Verstaatlichung hatte in der Mentalität der Gewerkschaften nicht die geringste Veränderung bewirkt. Die gewerkschaftliche Taktik blieb, wie der kürzliche Streik zeigt, völlig die gleiche. Die anlässlich der Verstaatlichung verkündete Absicht, die Eisenbahnen müßten selbsttragend gestaltet werden, sind für die Gewerkschaften bedeutungslos. Die Lokomotivführergewerkschaft verfolgte ihre Ziele sogar *ohne jede Rücksicht auf die übrigen Eisenbahner und die gesamte weitere Arbeiterschaft*. Daß Millionen von Arbeitern die größten Schwierigkeiten hatten, zu ihrer täglichen Arbeit zu fahren, war für sie nebensächlich. Ebenso, daß Arbeiter nicht an ihre Ferienplätze gelangten oder das Personal im Hotelgewerbe Nachteile erlitt. Für sie war es auch unwichtig, daß der fehlende Nachschub an Rohmaterial und Kohle für die Fabriken und

Werkstätten zu Entlassungen von Arbeitern führen mußte. Ebenso bildete für sie der Umstand keine Rolle, daß die ganze Versorgung des Landes, der Import- und Exportfluß unterbrochen und die Volkswirtschaft in steigendem Maße geschädigt wurde. Wenn im Publikum auch ein gewisses Verständnis für das Begehren der Lokomotivführer und Heizer vorhanden war — ihre höhere Verantwortung im Vergleich zum sonstigen fahrenden Personal ist unbestritten —, konnte die Bevölkerung, bei aller Fairneß, das rücksichtslose Beharren der Lokomotivführergewerkschaft auf ihren Begehren, ohne Rücksicht auf die Interessen der Gesamtheit, nicht mehr billigen. Die Streikvorgänge sind um so bedenklicher, wenn man weiß, daß sie hätten vermieden werden können, sofern die Dachorganisation der Eisenbahner anders operiert und nicht versucht hätte, die mit ihr rivalisierende Vereinigung der Lokomotivführer und Heizer bei diesem Anlaß zu isolieren und als Vertragspartner überhaupt auszuschalten. Letztlich ist die ganze Nation das Opfer rivalisierender Gewerkschaften geworden. — Die Zeitschrift verlangt, daß der Gewerkschaftsbund vermehrte Verantwortung beim Abschluß von Gesamtarbeitsverträgen übernimmt und die Regierung alles unternimmt, um auf seiten der Gewerkschaften, nötigenfalls auch gegen den Gewerkschaftsbund, mehr Disziplin und Loyalität gegenüber der Allgemeinheit durchzusetzen.

Die in Delhi erscheinende Wochenschrift *The Eastern Economist* befaßt sich in ihrer Ausgabe vom 3. Juni mit dem Ergebnis der *Wahlen in England*. Sie hat sich in ihrer Beurteilung nicht von der Tatsache beeindrucken oder lenken lassen, daß eine Labour-Regierung Indien zu seiner Selbständigkeit verholfen hat. Nach einer Untersuchung der Wahlparolen der Labour-Partei und der Konservativen nimmt sie zu den Leistungen der letzteren Stellung, seit sie an der Regierung sind: «... Während der vergangenen Jahre hat die Praxis in England gezeigt, daß sich seine Wirt-

schaft wie auch die unsrige mehr für freie als für kontrollierte Methoden eignet... Der Erfolg der neuen konservativen Regierung wird mit Aufmerksamkeit in der ganzen Welt beobachtet werden, und es wird besonders interessant sein, zu sehen, ob die öffentliche Meinung Indiens, die mitunter in einem gewissen Abstand derjenigen Englands folgt, von dieser beeinflusst werden wird. Oder ist die politische Strategie des Kongresses (der die Regierung in Delhi und den indischen Staaten bildet) so ausgerichtet, daß ein Irrtum nicht korrigiert werden kann. Es ist möglich, daß die mangelnde Gewährung ausreichender Chancen für das private Unternehmertum eine eventuelle Rückkehr zur freien Wirtschaft erschweren könnte, wenn das sozialistische Programm (des Kongresses) sich als Fehlschlag erweisen sollte. Im Gegensatz zum englischen Volk hat das indische vielleicht nicht die Gelegenheit, sein Verdikt zugunsten größerer wirtschaftlicher Freiheit zu geben. Ungewiß bleibt es, ob Indien den Rückschlag der Labour-Partei von dem Gesichtspunkt seiner politischen Neigungen aus betrachten wird. Die Zustände in Indien mögen so verschieden von denen in England sein, daß man geteilter Ansicht darüber sein kann, was augenblicklich für das eigene Land gut ist. Erstens hat Großbritannien einen privaten Sektor der Wirtschaft, der über genügend Mittel verfügt, finanzielle sowohl wie auch technische; in jedem Falle sind sie weit größer als die Indiens. Mit anderen Worten, die Privatwirtschaft kann dort in einem großen Maße ihre Aufgaben erfüllen, wozu die indische gegenwärtig nicht in der Lage ist. Zweitens herrscht in England nicht eine so erhebliche Arbeitslosigkeit... In Indien wird die Meinung vertreten — sie mag falsch oder richtig sein —, die zunehmende Arbeitslosigkeit sei ein Problem, das seinen wirtschaftlichen Ausblick grundverschieden von dem englischen mache. Unsere Probleme erfordern eine radikalere Lösung. Sollte dies zutreffen, muß dennoch festgestellt werden, daß — sofern der private Sektor seine Grenzen hat — das gleiche auch beim öffentlichen Sek-

tor der Fall ist. Der Fehler in der sozialistischen Ausrichtung der Gesellschaft liegt darin, daß sie die Initiative der Privatwirtschaft selbst dort hindert, wo die öffentliche Hand nicht in der Lage ist, ihre Aufgabe zu erfüllen. Was Indien braucht, ist ein System in dem beide Sektoren freie Hand haben, und zwar in einer Weise, die jedem individuell zusagt. Unglücklicherweise hat die indische Politik seit kurzem die falsche Richtung in dieser Beziehung eingeschlagen. Wann werden die Führer des Landes erkennen, wie es das englische Volk getan hat, daß der Staatsapparat zwar notwendig, aber unter keinen Umständen ausreichend ist?»

In den *Frankfurter Heften* (Nr. 5, (Mai 1955) veröffentlicht *Michael Kogon* einen Bericht über die *Entwicklung der angelsächsischen Strategie* von der Abwehr zur Abschreckung, der sich auf das britische Weißbuch über die Verteidigung 1955 sowie auf eine selbständige Wiedergabe des *Economist* stützt. Die Herstellung der Wasserstoffbombe mit ihrer unvorstellbaren Zerstörungskraft hat auch eine Umorientierung der britischen Strategie bewirkt. Früher verfolgten Rüstungen den Zweck, einen gegnerischen Angriff abschlagen zu können; heute bezweckt die Rüstung, jeden Angriff sofort mit einem vernichtenden Gegenangriff zu vergelten. Von der abschreckenden Wirkung einer solchen Vergeltungsrüstung erhofft man, daß es überhaupt nicht zum Kriege kommen werde. Je fürchterlicher die angedrohte Vergeltung, desto sicherer der Friede. «Aus der Verzweiflung Hoffnung destillieren», so könnte man diese Politik nennen. Den eigenen Untergang mit in Kauf nehmen — dies ist der Einsatz mit dem man die Sowjetrussen in Schach halten will. Die neue Strategie der Abschreckung bedeutet die Rüstung für den Wasserstoffbombenkrieg: die Entwicklung eigener Bomben, die Steigerung ihrer Vernichtungskraft, die Entwicklung geeigneter Bomber, um die H-Bomben ins Ziel zu bringen, die Schaffung modernster Flugzeugträger, die den Aktionsradius der Flugzeuge erweitern,

und schließlich die Entwicklung ferngesteuerter oder selbstzielender Wasserstoffbombenraketen u. dgl. Zur Strategie der Abschreckung gehört aber auch die Vorbereitung aller Maßnahmen, um sich vor Wasserstoffexplosionen im eigenen Lande nach Möglichkeit zu schützen. Die Drohung mit der H-Bombe kann möglicherweise einen H-Bombenkrieg verhindern, niemals aber Auseinandersetzungen konventioneller Art. Um auch solche Übergriffe mit konventionellen Mitteln zu verhindern, müssen nebenher auch die konventionellen Streitkräfte entsprechend aufgerüstet werden. Im britischen Verteidigungsweißbuch 1955/1956 spiegelt sich die Neuorientierung der Strategie als Neuorientierung der Prioritäten in den Rüstungsvoranschlägen wider, die u. a. in einem höheren Anteil der Luftwaffe zum Ausdruck kommt. Die Strategie der Abschreckung, die Politik der Verteidigung durch Vernichtungsdrohung steigert aber das ohnehin große Mißtrauen auf der Gegenseite noch weiter; sie führt damit zu einem intensivierten Wettrüsten mit schrecklichsten Waffen und zu einem Wettrüsten ohne absehbares Ende. Niemand vermöchte, auf der gewählten strategischen Grundlage, diesen Teufelskreis der Rüstung zu durchbrechen.

Maßgebende Berichte über die *Sowjetinteressen in Finnland und Skandinavien* ergeben folgendes Bild ¹⁾: *Finnland* ist für Moskau strategisch und politisch von großer Bedeutung. Die neuerdings mit ungewöhnlichem Raffinement operierende sowjetische Finnlandpolitik zwingt die finnischen Staatsmänner zu größter Wendigkeit und Geschicklichkeit. Molotow bemüht sich schon lange,

¹⁾ Kapten T. Wulff: «Den strategiska utvecklingen i Oestersjön efter 1945» in *Svensk Tidskrift* 1954, Heft 5. «Communism in Sweden», *The Times*, London 21. 2. 1955. «Kommunist Tadschikistan», *Stalinabad* 25. 2. 1955. «Communism in Norway», *The Times*, London 18. 3. 1955. «The Bear at Finland's Door», *The Economist*, London 30. 4. 1955. «Ny schism i kommunistpartiet», *Svenska Dagbladet* 4. 5. 1955.

Finnland als erstes nichtkommunistisches Land für seinen europäischen Sicherheitsplan zu gewinnen. Finnland, das unentwegt an der Neutralität festhält, wird fortgesetzt bearbeitet, seine Zurückhaltung aufzugeben. Mit sozialdemokratischer Unterstützung könnte Moskau die Finnen vielleicht doch noch zur Unterzeichnung der «Deklaration über gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit» veranlassen. Wirtschaftlich sind die Finnen auf den guten Willen der Sowjetunion angewiesen, denn ihre Maschinenfabriken und Werften wurden nach dem Krieg zur Befriedigung der sowjetischen Reparationsansprüche künstlich aufgebläht. Wegen der hohen Gestehungskosten sind sie im Westen nicht konkurrenzfähig. Trotz seiner prekären politischen Situation ist das Land wirtschaftlich durchaus lebensfähig. Seine im Friedensvertrag festgesetzten Streitkräfte belaufen sich insgesamt nur auf ungefähr 30 000 Mann. Stützpunkte in Nord- oder Westfinnland sind aber für die Sowjets bestenfalls politische Fernziele. — Finnlands Stellung in der Welt zwingt ihm eine Janusrolle auf. Im Schatten des eisernen Vorhangs gelegen, bleibt es eine starke Demokratie, in der man, wie anderwärts in der Welt, die Sowjetunion ohne Furcht kritisieren darf. Die freie Welt sollte den Finnen ihre tapfere Haltung hoch anrechnen.

Moskaus Besorgnis, *Schweden* könnte seine allianzfreie Politik aufgeben, ist groß, und die Unruhe stieg, nachdem dieses Frühjahr die bekannte große Spionageaffäre aufgedeckt wurde. Sollte sich Schweden der Nato anschließen, so würden Flotte und Luftwaffe eine Gefahr für die Sowjetunion bedeuten. Ohne Schweden wäre die Ostsee heute praktisch ein sowjetisches Binnenmeer. Es gibt zahlreiche Beispiele für den systematischen Ausbau in dieser Richtung. Der «Friedensreise» 1954 der «Friedensfreunde» aus Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland, zusammen mit ihren Gesinnungsgenossen aus Polen und der DDR schwebte das mare clausum sovieticum vor Augen. Die schwedische Provinz Norbotten figuriert als Schwer-

punkt des schwedischen Kommunismus. Die klimatischen Verhältnisse und das Gefühl des Nordens, benachteiligt worden zu sein, tragen zu dieser Entwicklung bei. — Die Erfolge der Du-Klubs (Demokratische Jugendklubs) bleiben weit hinter den Erwartungen der Kommunisten zurück.

Der Kommunismus *Norwegens*, das ebenfalls eine Reihe von Spionageprozessen erlebt hat, zeigt ein ähnliches Gesicht wie derjenige Schwedens. In beiden Ländern ist der Anklang des Kommunismus im Volk vom jeweiligen Ansehen der Sowjetunion abhängig. Auch in Norwegen ist der Kommunismus hoch im Norden am stärksten entwickelt — eine z. T. auf der Weltabgeschiedenheit dieser Gebiete beruhende Tatsache. In den Industrien, die nur Männer beschäftigen, soll sich der Kommunismus vor allem durch Verhetzung und politische Angebereien stärker ausbreiten, während er in Industrien, welche vorwiegend Frauen beschäftigen, nur geringe Fortschritte macht. Innerhalb der Gewerkschaften hat das energische Vorgehen der Arbeiterpartei die Kommunisten weitgehend verdrängt.

Den vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Köln herausgegebenen *Gewerkschaftlichen Monatsheften* hat der verstorbene Erste Vorsitzende des DGB, Dr. h. c. Hans Böckler, als Motto mit auf den Weg gegeben: «sie sollen ein Diskussionsorgan sein, in dem Gewerkschafter und Vertreter der Wissenschaft, Vertreter unseres Sozialpartners wie des öffentlichen Lebens Gelegenheit haben, in eingehender Diskussion zur Lösung der Wirtschafts- und Sozialprobleme beizutragen.» In Heft 6 vom Juni 1955 dieser Zeitschrift untersucht Dr. Fritz Sternberg den *sozialen Gehalt der russischen Diktatur*, über den er mit folgender Motivierung ein vernichtendes Urteil fällt: Die aus der Oktober-Revolution hervorgegangene Diktatur Rußlands war ursprünglich gegen die feudalen reaktionären Schichten des Landes gerichtet; im Laufe der Zeit veränderte sie sich mehr und mehr in eine Diktatur gegen die

ungeheure Mehrheit des Volkes; gegen die Arbeiter und Bauern. Die Gewerkschaften, die noch in den zwanziger Jahren den Lebensstandard ihrer Mitglieder mit Erfolg verteidigen konnten, mußten verschwinden und wurden zerbrochen, weil die von ihnen konsequent betriebene Erhöhung der Reallöhne einen raschen Ausbau des Industrieapparates verhindert haben würde. Zur Begründung eines derartigen Eingriffs diente der Sowjetregierung der Vorwand, ein sozialisierter Staat, der vom Arbeiter beherrscht sei, könnte dessen Organisationen entbehren. Der Staat, als einziger Unternehmer, zwang mittels seines terroristischen Apparates den Arbeiter, zu den von ihm statuierten Bedingungen zu schaffen; er ist alles andere als sozialistisch, von sozialistischen Prinzipien entfernt er sich schnellen Schrittes. Die von Lenin eingeleitete Diktatur hat sich unter Stalin mit verschärfter Tendenz fortgesetzt. Als so die Masse der Werktätigen politisch entmannt war, schritten die Sowjets zu radikaler Umstellung des Agrarsektors; sie bedurften einer verstärkten Ausbeutung des Bauern, seiner Mehrarbeit zur Intensivierung des Industrieapparates. Die landwirtschaftliche Kollektivisierung beruht auf ihrer technischen Modernisierung; sie hat die Abhängigkeit der Kollektive von den Maschinen und vom Staat als Produzenten der Betriebsmittel immer weiter gesteigert. Nach Sternberg bedeutet es eine völlige Verdrehung des Tatbestandes, wenn man die russische Diktatur von heute in einem Atemzuge mit den Idealen nennt, wie sie Karl Marx vorgeschwebt hatten: Marx sah die Diktatur des Proletariats nur als Übergangserscheinung an, die bis zu vollendeter Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaftsform konterrevolutionäre Aktionen zu verhindern bestimmt sein sollte; die russische Diktatur dagegen wurde nach Vernichtung der kapitalistischen Schichten immer schärfer und umfassender. Diese erhöhte Ausbeutung der Arbeiter und Bauern war natürlich nicht mehr mit der Stoßrichtung gegen die alten herrschenden Klassen zu begründen. Vielmehr bezeichnet man heute

in Moskau die außenpolitische Position, die «kapitalistische Bedrohung» Rußlands als Ursache des Zwanges zur Verstärkung des Staates. «Für uns ist es wesentlich» — so schließt der Verfasser seine kritische Betrachtung —, «daß die heutigen russischen Machthaber mit einer Fortsetzung der terroristischen totalitären Diktatur auch für die Zukunft rechnen. Sie ist zum permanenten Regierungssystem geworden, und es sind Kräfte vorhanden und kommen ständig dazu, die an der Verlängerung der Diktatur ein entscheidendes Interesse besitzen».

Der äußern und innern Entwicklung des *Experiments der Arbeiterpriester* folgend, sucht Paul Engelhardt in der sozialwissenschaftlichen Zeitschrift *Die neue Ordnung* (Nr. 1 u. 2/1955, Bonn) den Gründen auf die Spur zu kommen, die zur bekannten Dissonanz zwischen Arbeiterpriestern und Hierarchie geführt haben. Die Bewegung der Arbeiterpriester entstand 1941 im Zeichen der erschreckenden religiösen «Bestandesaufnahme» der proletarischen Welt, die dem Geist des Christentums völlig entfremdet und zu einem «pays de mission» geworden war: 1944 ziehen die ersten Priester der Pariser Mission in die Fabrik. Rom erlaubt das Unternehmen unter Aufsicht der Bischöfe; aber schon 1945 werden Bedenken laut. 1947 werden zum ersten Male Arbeiterpriester in eine Streikbewegung hineingezogen, und 1950 nehmen sie in ihrer Gesamtheit am Streik teil. Die Besorgnisse mehren sich. Schließlich fahren drei französische Kardinäle nach Rom, um sich mit dem Heiligen Vater zu besprechen. Sie kommen zur Einsicht, daß das Vorgehen der Arbeiterpriester in seiner gegenwärtigen Form nicht aufrecht erhalten werden kann und stellen neue Richtlinien auf: Die zukünftigen Arbeitermissionare müssen ausdrücklich durch ihren Bischof ausgewählt werden und eine besondere solide Ausbildung erhalten; manuelle Arbeit dürfen sie nur während begrenzter Zeit ausüben; vor allem ist ihnen die Übernahme von gewerkschaftlichen und anderen äußern Posten verwehrt. Diese

Weisungen werden den etwa 90 Arbeiterpriestern bekannt gegeben, aber nur 50 unterwerfen sich. «Wir sehen nicht», so erklären sie in der Presse, «wie man im Namen des Evangeliums Priestern verbieten kann, an den Lebensverhältnissen von Millionen unterdrückter Menschen teilzunehmen und mit ihren Kämpfen solidarisch zu sein.» — Das sind die äußeren Daten einer inneren Entwicklung, die anhebt bei dem Entschluß, das Milieu der Arbeiterwelt zu verchristlichen. Um in diese heidnisch-proletarische Welt das Christentum einzupflanzen, sehen sich die Arbeiterpriester genötigt, die bürgerlichen Formen des Priestertums abzustreifen und immer mehr in die Arbeiterklasse einzugehen. Von einer Solidarität *mit* treibt die Entwicklung weiter zum Ein- und Aufgehen *in* die Arbeiterwelt. «Die Naturalisation ist vollzogen. Wir tragen an unserem Fleisch die ‚Dramen‘ des Proletariats, und jedes unserer Gebete und jede unserer Eucharistien ist mit diesen Dramen vereint», schreiben die Arbeiterpriester von Limoges an ihren Bischof. An diesem Punkt muß sich die Frage stellen, «ob die Arbeiterpriester nur einen bisher als unantastbar geltenden *Stil* des priesterlichen Lebens oder unaufhebbar Wesentliches des katholischen Priestertums aufgegeben haben — ob sie über dem ‚In dieser Welt‘ nicht das ‚Nicht von dieser Welt‘ vergessen haben». Jeder Christ und im besondern jeder Priester steht in einer Spannung zwischen zwei Welten. Durch Beruf und Weihe ist der Priester herausgenommen aus «dieser Welt» und in die des Gött-

lichen versetzt, und doch muß er wieder so tief als möglich in «diese Welt» eingehen, um allen alles zu werden. Im Sinne der Hierarchie kann nun diese Spannung durch ein harmonisches Gleichgewicht gelöst werden, das darin besteht, «so weit ‚in‘ der Arbeiterwelt zu sein, als es möglich ist, ohne in Gegensatz zur christlichen Sitten- und Soziallehre zu kommen und etwas Wesentliches vom katholischen Priestertum aufzugeben, und so weit Abstand zu wahren, als nötig ist, um ‚diese Welt‘ objektiv zu beurteilen». Die Gegenthese der Arbeiterpriester will jedoch nichts wissen von einem kritisch-objektiven Gegenüber. Sie spricht von einem vollständigen Eingehen in die Arbeiterwelt, damit «sich dadurch das ‚Nicht von dieser Welt‘ der Kirche und ihres Priestertums ‚in dieser Welt‘ inkarniert». — In persönlicher Stellungnahme zu These und Gegenthese kommt der Verfasser zum Ergebnis: Weil nicht nur die «Welt» im allgemeinen, sondern auch jede geschichtlich-soziologisch bestimmte Welt in den Bannkreis des «Fürsten dieser Welt» einbezogen ist, ist immer *auch* Distanz geboten. Die Arbeiterpriester scheinen sich dieser Grundtatsache zu wenig bewußt gewesen zu sein und haben sich dadurch in die äußerste Gefahr der priesterlichen Selbstaufgabe begeben. In dieser Feststellung soll aber kein Pharisäerurteil ausgesprochen sein, sondern eher die eigene Unzuständigkeit, weil wir uns von der Frage der Arbeiterpriester «nach der Abwesenheit oder Anwesenheit der Kirche in der Arbeiterwelt bisher zu wenig bedrängen ließen».